

---

# Bündnis 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, Antifaschistische LINKE. und SPD

## Fraktionen im Rat der Stadt Göttingen

---

Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 130  
Tel.: 0551-400 2785, Tel.: 0551-400 2784  
E-Mail [grueneratsfraktion@goettingen.de](mailto:grueneratsfraktion@goettingen.de)

Antifaschistische LINKE. Ratsfraktion, Hiroshimaplatz 14, 37083 Göttingen

Zimmer 196  
Tel.: 0551-400 2499  
E-Mail [antifa-linke-fraktion@goettingen.de](mailto:antifa-linke-fraktion@goettingen.de)

PIRATEN-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 127  
Tel.: 0551-400 3077, Fax 0551-400 3079  
E-Mail [piraten-ratsfraktion@goettingen.de](mailto:piraten-ratsfraktion@goettingen.de)

SPD-Fraktion, Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen

Zimmer 199  
Tel.: 0551-400 2290, Fax 0551-400 2060  
E-Mail [spd-fraktion@goettingen.de](mailto:spd-fraktion@goettingen.de)

---

Göttingen, 31.03.2016

**Antrag für den Rat der Stadt Göttingen am 15. April 2016**

### **Gemeinsam mit dem Landkreis: Elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete einführen**

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung der Stadt Göttingen möge gemeinsam mit der Verwaltung des Landkreises Göttingen ein Modell zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerberleistungsempfänger\*innen entwickeln und im zuständigen Ausschuss vorstellen.

#### **Begründung:**

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner 53. Sitzung am 18.12.2014 die EntschlieÙung „Medizinische Versorgung für Flüchtlinge in Niedersachsen sicherstellen“ auf Antrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN angenommen. Beschlossen wurde unter anderem, die Landesregierung aufzufordern, für alle Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG für Leistungen nach den §§ 4 und 6 AsylbLG die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte in Kooperation mit der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) analog dem Bremer Modell zu prüfen.

Auch in Stadt und Landkreis Göttingen gab es mehrere Anträge bzgl. der Einführung einer eGK für Asylbewerberleistungsempfänger\*innen, die bisher jedoch aufgrund der fehlenden Rahmenvereinbarung auf Landesebene nicht umgesetzt wurden. Dieses ist ab sofort möglich und soll daher auch kurzfristig umgesetzt werden.

Die Kritik der Spitzenverbände an der fehlenden Deckelung der Verwaltungskostenpauschale in der Rahmenvereinbarung können wir nachvollziehen.

